

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt bei zwei Gegenstimmen mit Stimmenmehrheit für die Aufstellung des Haushaltsplanes 2015 und für die mittelfristige Finanzplanung den folgenden, geänderten Eckwertebeschluss:

1. Es wird angestrebt, die Nettoneuverschuldung kontinuierlich bis 2016 auf Null zurück zu führen.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit einer Gegenstimme.

2. Es wird auch weiterhin erwartet, dass Bund und Land dazu beitragen, die finanzielle Situation der Kommunen erheblich zu verbessern, um dieses Ziel zu erreichen. Der Stadtrat ist gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz der Ansicht, dass die beschlossenen Verbesserungen im Finanzausgleichgesetz kein spürbarer Beitrag im Sinne der Entscheidung des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz sind. Darüber hinaus soll die Einhaltung des Konnexitätsprinzips im Zusammenwirken mit den Kommunalen Spitzenverbänden ständig überprüft werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig bei einer Stimmenthaltungen.

3. Durch Verbesserungen in der Aufbau- und Ablauforganisation der Verwaltung soll die Effektivität und Wirtschaftlichkeit gesteigert und Einsparungen erzielt werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

4. Sämtliche von der Stadt Koblenz wahrgenommenen Aufgaben sind daraufhin zu prüfen, ob sie grundsätzlich weiterhin wahrgenommen werden müssen und mit welchem Standard (Aufgabenkritik).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

5. Es soll ein ganzheitliches Controlling für alle Verwaltungsbereiche implementiert werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

6. Die Verwaltung wird beauftragt, das im Rat am 27.09.2012 beschlossene Personalentwicklungskonzept umzusetzen. Auch im Haushaltsjahr 2015 ist Ziel, dass durch Fluktuation (z. B. Wechsel des Arbeitgebers, Eintritt in den Ruhestand) freiwerdende Stellen zu 50 % (bezogen auf die Gesamtzahl der Stellen) eingespart werden, soweit dies mit der gesetzlichen Aufgabenerfüllung zu vereinbaren ist.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit zwei Gegenstimmen und 16 Enthaltungen.

7. Sämtliche Einnahmemöglichkeiten sind zu überprüfen und prinzipiell auszuschöpfen. Im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten sollen neue Einnahmen erschlossen werden.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen.

8. Grundsätzlich sind keine neuen Investitionen vorzusehen. Das bedeutet, dass in der Regel nur noch begonnene Investitionen oder Investitionen, zu denen die Stadt rechtlich verpflichtet ist oder die für die Erfüllung notwendiger Aufgaben erforderlich sind, durchgeführt werden.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit einer Gegenstimme.

9. Der Zuschussbetrag im Bereich der freiwilligen Leistungen wird (mit Ausnahme der Gebäude-, Energie- und Personalkosten) maximal in Höhe der Haushaltsansätze 2014 etatisiert.

Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich mit 2 Gegenstimmen und 30 Enthaltungen.

10. Für die Eigenbetriebe gelten (außerhalb der Gebührenhaushalte) die vorstehenden Punkte sinngemäß.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig ohne Stimmenthaltungen